

Tom Mayer

Gemeinderat der Liste Fritz – Bürgerforum Tirol

tom.mayer@liste-fritz.at



Bürgermeister

Georg Willi

Innsbruck, am 28. August 2018

Betreff: Antwort der Liste Fritz zum Brief von Bgm. Willi bezüglich Vorbehaltsflächen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Willi,
hallo Georg!

Vielen Dank für Deinen Brief vom 13. August zum Thema Vorbehaltsflächen.

Seit die Liste Fritz im Tiroler Landtag ist, bemüht sie sich vehement um leistbares, sprich bezahlbares Wohnen. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder mit Konzepten und Anträgen neue Ideen ausgearbeitet, vorgeschlagen und beantragt. Vieles davon wurde zuerst unter der schwarz-roten (Du warst damals Augenzeuge) und dann unter der schwarz-grünen Landesregierung verworfen, einiges später als eigene Idee abgekupfert und beschlossen.

Als jüngstes Beispiel ist etwa unsere Idee einer Leerstandserhebung zu nennen. Diese hat die Liste Fritz schon 2016 ausgearbeitet, vorgeschlagen und beantragt, damals haben ÖVP und Grüne die Idee abgelehnt und verworfen, 2018 hat sie nun der Tiroler Landtag mit den Stimmen von ÖVP und Grünen beschlossen.

Zusätzlich zur Leerstandserhebung haben wir als Liste Fritz viele konkrete Initiativen für bezahlbaren Wohnraum ausgearbeitet, im Gemeinderatswahlkampf vorgeschlagen sowie im Landtag und Gemeinderat beantragt. Als Beispiel sei hier unser Antrag für ein Projekt Autobahneinhausung samt Überbauung, etwa für studentisches Wohnen, in Innsbruck West angeführt.

Bezahlbares Wohnen ist in Innsbruck (und vielen Tiroler Orten) ein zentrales Thema, da sowohl die Mietpreise als auch die Preise für Eigentum sowie die Preise für Baugrundstücke gestiegen sind und weiter steigen. Ein durchschnittlicher Mietpreis von 16 Euro pro Quadratmeter in Innsbruck ist für die allermeisten Mieter schlichtweg unleistbar, bedeutet es doch, dass eine Familie für die notwendige 4-Zimmer-Wohnung in Innsbruck 1.600 Euro monatlich aufbringen muss. Erschwerend kommt hinzu, dass die Tiroler die niedrigsten Einkommen in ganz Österreich erhalten und gleichzeitig mit am meisten für den teuren Lebenserhalt zahlen müssen.

Ein Schlüssel für die Politik, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sind die Grundkosten. Hier anzusetzen, ist daher grundsätzlich richtig, wenngleich es notwendiger, gewissenhafter Vorarbeiten bedarf. Aus unserer Sicht fehlen diese für die Stadt Innsbruck weitgehend bzw. beruhen sie auf bloßen Schätzungen.

Wie ist Wohnen in Innsbruck bezahlbarer zu machen?

Bevor sich die Politik konkreten Maßnahmen widmen kann, muss sie drei grundsätzliche Fragen klären:

- 1) Wohin soll sich die Stadt Innsbruck in den nächsten 10-20 Jahren bevölkerungsmäßig entwickeln – in Richtung maßvoller Zuzug auf 150.000 Bewohner mit Hauptwohnsitz oder in Richtung massiver Zuzug auf 200.000 Bewohner?
- 2) Zu welchem Ergebnis kommt eine umfassende Bedarfserhebung?
- 3) Wie schaut aufbauend auf dieser Bedarfserhebung eine vernünftige Bedarfsplanung samt machbarer Zeitschiene und Mitdenken der notwendigen Infrastruktur aus?

Die Antworten der politischen Entscheidungsträger auf diese drei Fragen, bestimmen maßgeblich den Einsatz der unterschiedlichen Werkzeuge.

Zur Vorgangsweise von Bürgermeister Georg Willi (Grüne)

Gut gemeint, ist nicht immer gut. Du hast in der Frage „Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau“ aus unserer Sicht drei Fehler gemacht:

- 1) Du hast nicht mit den betroffenen Grundeigentümern geredet.
- 2) Du willst Werkzeuge einsetzen ohne den wahren Bedarf zu kennen. So zäumst Du das Pferd von hinten auf und setzt den vierten Schritt vor dem ersten, zweiten und dritten Schritt.
- 3) Du willst das Werkzeug „Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau“ anwenden ohne die rechtlich dafür notwendigen Voraussetzungen geschaffen zu haben.

Zur Kritik # 1: Wie Du selbst in Deinem Brief vom 13. August schreibst, handelt es sich um 28 betroffene Flächen, wobei drei davon im Besitz der Stadt bzw. der IIG sind. Bleiben also potentiell maximal 25 betroffene Grundeigentümer, mit denen Du nie das Gespräch gesucht hast. Nach einem Gemeinderatswahlkampf, bei dem das Thema „Drüberfahren über Bürgeranliegen“ allgegenwärtig war, hast Du trotzdem mit den betroffenen Grundeigentümern nie gesprochen und so die auch von Dir kritisierte Drüberfahrerpolitik Deiner Vorgängerin im Amt nahtlos fortgesetzt.

Zur Kritik # 2: Du willst einschneidende Maßnahmen setzen, bevor Du weißt, welcher Bedarf tatsächlich besteht. Du kannst keine Bedarfserhebung, keine Bedarfsplanung, keine vernünftige Zeitschiene und schon gar keinen Plan vorlegen, wie parallel zum Wohnungsbau die notwendige Infrastruktur in Innsbruck geschaffen und finanziert werden soll. Deine Wohnbaupolitik fußt auf einem noch nicht genehmigten Raumordnungskonzept, welches einen massiven Wohnungsbau inklusive Verdichtung auf Teufel komm raus

auf Basis einer geschätzten Bevölkerungsstatistik aus dem Jahr 2011 zum Inhalt hat! Tatsächlich schaut die Bevölkerungsentwicklung in Innsbruck in den letzten 15 Jahren viel weniger dynamisch aus: Laut Daten der Stadt Innsbruck zur Bevölkerungsentwicklung¹ hat die Bevölkerung mit Hauptwohnsitz zwischen 2003 und 2017 um 18.471 Personen zugenommen. Das sind im Schnitt pro Jahr rund 1.231 Personen und rund 530 Wohnungen (öffentlich und privat gebaut). Die 7.000 bis 9.000 zusätzlichen Wohnungen für die nächsten 10 Jahre, wie im ÖROKO festgeschrieben, lassen sich damit jedenfalls nicht begründen.

Zur Kritik # 3: Im Tiroler Raumordnungsgesetz (TROG) § 28 ist geregelt, welche Bestandsaufnahme und Grundlagenforschung die Gemeinde zu erledigen hat: „aktuelle Erhebungen“, „voraussehbare Veränderungen“, „Bevölkerungsstrukturen einschließlich absehbarer Entwicklungstendenzen“ etc. sind da gefordert. Tatsächlich aber fußt die 1. Auflage des Örtlichen Raumordnungskonzeptes für Innsbruck (ÖROKO) hauptsächlich auf der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria vom 31. Oktober 2011.

Wie steht die Liste Fritz nun generell zu Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau?

Für uns ist das im Tiroler Raumordnungsgesetz (TROG) bereits verankerte Werkzeug einer Widmung von Vorbehaltsflächen für geförderten Wohnbau umsetzbar. Allerdings erst unter genauer Bedachtnahme von notwendigen, vorher unbedingt zu setzenden Schritten.

Es ist Dir und uns bewusst, dass die 28 Baulandgrundstücke, die Du als Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau ausweisen willst, „nur“ 31.500 Quadratmeter ausmachen (=gesamt 6,3 ha, also 63.000m², davon 50%) und damit der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein für leistbares Wohnen in Innsbruck sind. Nichtsdestotrotz sind uns alle Maßnahmen recht, die Entlastung und Erleichterung für die Innsbruckerinnen und Innsbrucker bringen. Allerdings, die Voraussetzungen müssen gegeben sein.

Vorausgesetzt also, dass die Stadt Innsbruck eine ordentliche Bedarfserhebung samt Bedarfsplanung und Zeitschiene sowie einen Plan für die notwendige, zu schaffende Infrastruktur in Innsbruck erstellt, ist die Liste Fritz bereit, das Werkzeug „Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau“ mitzutragen.

Wir sind derzeit aber auch überzeugt, dass Du und Deine Stadtregierung diese notwendigen Vorarbeiten und Voraussetzungen in Innsbruck noch nicht ausreichend geschaffen habt und werden deshalb Dein Ansinnen, den vierten vor dem ersten, zweiten und dritten Schritt zu gehen, nicht unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen,

Tom Mayer,
Gemeinderat Innsbruck

¹https://www.innsbruck.gv.at/data.cfm?vpath=redaktion/ma_i/allgemeine_servicedienste/statistik/dokumente38/bevoelkerung/bevoelkerungsstand/stadtteile-ljr-hwspdf